

BASis Info 10/2012

Neues von der Duisburger SPD-
Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas

SPD

07.12.2012



Liebe Leserin, lieber Leser,

zuerst einmal: Vielen Dank auch an dieser Stelle an die Delegierten der Duisburger SPD-Wahlkreis-Konferenz für das tolle Ergebnis bei meiner Nominierung für die Bundestagswahl 2013. Mit 94% liege ich nur knapp hinter Angela Merkel, aber auf dem CDU-Parteitag herrschten offenbar nordkoreanische Verhältnisse. Immerhin gab es etwas zu Lachen: Angela Merkel hat die FDP als eine „Prüfung Gottes“ treffend beschrieben.

Beispiel: Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Wirtschaftsminister Rösler manipuliert den Bericht und die Bundesregierung bekennt sich ganz offen dazu. Es kann sein, was nicht sein darf. Während im Entwurf z.B. stand, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinanderklafft, musste dieser Befund aus dem amtlichen Bericht gestrichen werden. Und Frau Merkel gibt auch diesem Schwindel ihren Segen.

Der „Spiegel“ berichtet diese Woche, die Bundesregierung plane deutsche Panzer an das Regime in Saudi-Arabien

zu liefern. Auch nicht sehr christlich, deutsche Rüstungstechnologie an Regime zu verkaufen, die Menschenrechte mit Füßen treten. Merkel dementiert nicht einmal. Die CDU-Basis dankt es ihr mit bedingungsloser Zustimmung und nur wegen des CDU-Parteitages sollte der Bundestag den Griechenland-Beschlüssen innerhalb von 48 Stunden zustimmen. Frau Merkel wollte das Thema vorher abgeräumt sehen. Unsere SPD-Vorschläge für mehr Zeit zur Prüfung wurden von Schwarz-Gelb abgelehnt.

Die Rettung Griechenlands wird auch Deutschland Geld kosten. Angela Merkel allerdings verleugnet, verschleppt, verzögert. Stattdessen erzählt Merkel, diese Regierung sei die erfolgreichste seit der Wiedervereinigung. Das stimmt nur in einem Punkt: Diese Regierung hat mehr Versprechen gebrochen als jede andere. Kann man nachlesen im Faktencheck auf www.baerbelbas.de. Wir haben den Griechenland-Beschlüsse trotz allem zugestimmt, schließlich lagen viele SPD-Forderungen auf dem Tisch und es ist nicht die Zeit für Wahlkampfmanöver.

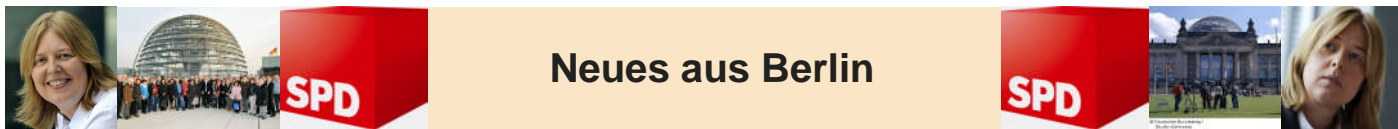
Die Eurokrise wird sicher ein Thema im Wahlkampf, wie auch die Rente. Die SPD kann jetzt ein schlüssiges Konzept anbieten. Wir haben uns auch in Duisburg viel Arbeit gemacht und auf dem Parteikonvent ein klares Signal gesetzt: Wir kämpfen gegen Altersarmut und für eine lebensstandsichernde Alterssicherung. AfA, Jusos, AG60 und DL 21 stehen genauso hinter dem Konzept wie Peer Steinbrück. Das Rentenniveau von rund 50 Prozent soll gesichert werden, die Rente mit 67 so lange ausgesetzt bis sie nicht automatisch zur Rentenkürzung wird und wir wollen eine Solidarrente von 850 Euro einführen - für alle, die viel gearbeitet, aber wenig verdient haben.

Auf dem SPD-Parteitag am Sonntag werden wir Peer Steinbrück offiziell zum Kanzlerkandidaten wählen. Spätestens dann heißt es: Nach der Wahl ist vor der Wahl.

Ich wünsche Ihnen eine schöne Adventszeit.

Herzliche Grüße

Bärbel Bas



STICHWORT: Prävention

In der Gesundheitspolitik ist Schwarz-Gelb auf den letzten Metern einer langen Leidenszeit. In der Liste vergurkter Projekte fehlt nur noch die Prävention. Seit drei Jahren besteht die Botschaft der Koalition aus der Ablehnung eines Präventionsgesetzes und der Ankündigung einer "Präventionsstrategie". Wie diese aussehen soll konnte Schwarz-Gelb auch auf Nachfrage in meiner Rede zum Gesundheitshaushalt 2013 am 20. November nicht sagen. Stattdessen wird gesundheitliche Aufklärung nun schon im dritten Jahr in Folge finanziell ausgetrocknet. 2013 werden es noch mal 5% weniger Mittel sein als im Vorjahr. Meine aktuelle Plenarrede finden Sie auch unter www.baerbelbas.de.

Es ist zu befürchten, dass bei der Gesundheitsförderung nur an kleinen Stellschrauben gedreht wird. Bisher gab es lediglich Vorschläge aus der präventionspolitischen Mottekiste: Ein prominenter CSU-Gesundheitspolitiker fordert immer wieder einen "siebten Sinn" für Gesundheit. Dabei wurde die Sendereihe vor über 10 Jahren aus dem Programm genommen. Und wenn der Minister glaubt, die Reichweite von Präventionsmaßnahmen zu erhöhen, wenn die Versicherten vorher zwingend zum Arzt gehen müssen, dann kann ich ihm auch nicht mehr helfen. Mit rückständiger Politik soll Ärzten weitere Einkom-

menmöglichkeiten geschaffen werden. Gesünder wird dadurch kein Mensch.

Wir in der SPD-Bundestagsfraktion sehen Prävention als wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe und wollen das Thema nach der Bundestagswahl 2013 auch endlich wieder aktiv angehen. Zur Vermeidung von chronischen Erkrankungen, Zivilisationskrankheiten und der ungleichen Verteilung von Gesundheitschancen braucht es verbindliche nationale Präventionsziele. Damit wollen wir die gesundheitliche Prävention neu ausrichten und breiter aufstellen. Dazu haben wir eine Präventionsstiftung vorgeschlagen, die nicht nur bei Krankenkassen sondern auch bei anderen Sozialversicherungsträgern, Gebietskörperschaften und auch der PKV Mittel einwirbt. Damit kann den vielen kleinen Initiativen, Projekten und Netzwerken geholfen werden, die heute schon im Setting, also in den Lebenswelten aktiv sind. Im Alltag der Menschen, zum Beispiel in der Kita, in der Schule oder im Betrieb – im Verein, im Stadtteil oder in der Gemeinde - liegt der Schlüssel für den Erfolg.

Die Krankenkassen sollen mehr Geld für die Gesundheitsförderung ausgeben dürfen. Aber mehr Geld ist eine Verpflichtung, auch die Menschen zu erreichen, die heute schlechte Gesundheitschan-

cen haben: Kinder in sozial benachteiligten Familien, Migrantinnen und Migranten oder Alleinerziehende. In der Gesundheitsförderung spielt besonders die Qualität und Nachhaltigkeit der Maßnahmen eine große Rolle. Deshalb müssen wir die Qualitätssicherung weiter ausbauen und neue Standards in der Prävention setzen.

Wir haben unsere Vorstellungen zur Stärkung der Prävention schon zu Beginn der Legislaturperiode in einem Antrag gebündelt. Unter dem Titel "Potenziale der Prävention erkennen und nutzen – Prävention und Gesundheitsförderung über die gesamte Lebensspanne stärken" (Drucksache 17/5384) loten wir die Chancen eines Präventionsgesetzes aus.

Alle konkreten Vorschläge wurden von Schwarz-Gelb im Laufe der Legislaturperiode verworfen. Sie haben mehr als deutlich gezeigt, dass ihnen Prävention herzlich egal ist und es ihnen nur darum geht, kurz vor der Wahl mit schön klingenden, aber inhaltlich substanzlosen Vorschlägen den eigenen Namen in der Zeitung zu lesen. Damit schaden sie allen Menschen, die mit Hilfe einer funktionierenden Präventionsarbeit vor Krankheiten geschützt werden könnten. Und ich wette, wir warten noch bis zur Bundestagswahl auf die Präventionsstrategie von CDU/CSU und FDP.



Neues aus Duisburg



Bundespräsident Joachim Gauck besuchte mit NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft am 26. November Duisburg. OB Sören Link und ich haben ihnen gute Integrationsbeispiele und das Projekt "Kein Kind zurück lassen" gezeigt, aber auch die Schwierigkeiten unserer Stadt mit auf den Weg gegeben. Unsere Stadt braucht zur Abwechslung auch mal positive Symbole und deshalb war dieser Besuch in Duisburg wichtig.



Beim bundesweiten Vorlese- tag habe ich zuerst im Kindergarten am Honnenpfad aus dem Räuber Hotzenplotz und am Nachmittag zusammen mit Bürgermeister Manfred Osenger im Dietrich-Krins-Weber-Zentrum in Neuenkamp einige Kurzgeschichten vorgelesen. Eine tolle Aktion.



Ich bin jetzt Schirmherrin des Malteser Hospiz St. Raphael in Huckingen. Das ist für mich ein Herzensanliegen. Ich will das Thema Hospizarbeit in die Öffentlichkeit tragen und bei Veranstaltungen des Hospizes als Fürsprecherin vor Ort sein. Über meine Schirmherrschaft berichte ich auch auf www.facebook.com/SchirmherrinMalteserHospiz-Duisburg und freue mich über Unterstützung - einfach „Gefällt mir“ klicken. Weitere Informationen finden Sie hier.

Petitionsausschuss macht Ortsbesichtigung in Neudorf

Der Petitionsausschuss des Bundestages wird sich am 20. Dezember in Neudorf ein Bild von der Lage beim Lärmschutz machen. Ein wichtiges Signal, denn unzureichender Lärmschutz kann zu erheblichen gesundheitlichen Beeinträchtigungen führen. Nur in besonderen Fällen macht der Petitionsausschuss Ortsbesichtigungen, unser Engage-

ment hat sich gelohnt. Zusammen mit den Petenten, drei Bundestagskollegen des Ausschusses sowie den Vertretern des Bundesverkehrsministeriums, des Eisenbahnbundesamtes und der Deutschen Bahn werde ich vor Ort über die Petition beraten.

Der Bürgerverein Neudorf hatte sich mit einer Petition

und die Interessengemeinschaft gegen Bahnlärm mit einer Eingabe an den Petitionsausschuss gewandt und permanente Schäden durch eine fehlende Lärmschutzwand am Schienenweg 2321 beklagt. Auch ich hatte schon mehrfach in Briefen an die Deutsche Bahn und das Eisenbahnbundesamt eine Lösung gefordert.

+++Auszug aus meinem Kalender+++

+++07.12.: Eröffnung des Weihnachtsbaumverkaufs von „Gemeinsam gegen Kälte“ am Sonnenwall+++

+++08.12.: Festrede bei der Feier zu „60 Jahre THW Duisburg“ +++

+++09.12.: Bundesparteitag in Hannover+++

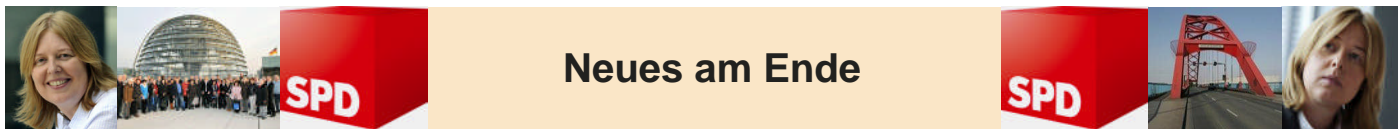
+++10.12.-14.12.: Sitzungs-woche des Bundestages+++

+++15.12.: Infostand der SPD Bissingheim+++

+++17.12.: Besuch der AG 60plus der SPD Duisern im Ernst-Ermer+++

+++06.01.: Neujahrsempfang des Bürgerverein Neudorf+++

+++www.baerbelbas.de+++



Neues am Ende



Praktikant des Monats war im Oktober und November 2012 der 23-jährige Rafael Groborz aus Duisburg. Rafael studiert seit dem Jahr 2009 Politikwissenschaft an der Uni Duisburg-Essen. Während seines Praktikums hat er sich auch als hervorragender Fußballer ins Herz des Teams gespielt. [Rafaels Praktikumsbericht können Sie hier lesen.](#)

Besuch aus Duisburg hatte ich vom 28. November bis 1. Dezember von 50 politisch-interessierten Bürgerinnen und Bürgern aus meinem Wahlkreis. Die Gruppe besuchte mit mir das Reichstagsgebäude sowie das Willy-Brandt-Haus, das Stasimuseum Berlin oder das Bundesministerium für Gesundheit.

Neues aus meinem Tagebuch

Als wenn ich mit Gesundheit nicht schon alle Hände voll zu tun hätte, bin ich jetzt auch Mitglied im Petitionsausschuss. Für einen Tag, den 20. Dezember zur Ortsbesichtigung in Neudorf. Sonst könnte ich vor Ort nicht mitreden, wenn es um meinen Wahlkreis geht - und das geht natürlich nicht.

Einen Schlagabtausch bei Twitter habe ich mir am Sonntag mit Jens Spahn (gesundheitspolitischer Sprecher von CDU/CSU) geliefert. Offensichtlich hat die CDU ein Kopierproblem, wenn Spahn und sein CSU-Kollege Singhammer für ihre „10 Gründe gegen die Bürgerversicherung“ bei der PKV abschreiben. Spahn meinte, es war anders herum. Ich sage:

Egal wie rum, Hauptsache die solidarische Bürgerversicherung kommt. Das Papier wurde kaum wahrgenommen, weil zeitgleich die Beteiligung von Herrn Spahn an einer Lobby-Agentur aufgefliegen war.

Hans Pflug und ich rufen zum Mitmachen beim „Otto-Wels-Preis für Demokratie“ der SPD-Fraktion auf. Ein kleiner Schritt im Kampf gegen Rechtsextremismus. Wir SPD-Abgeordneten haben den Anreiz noch mal hochgetrieben und in der Fraktionssitzung den Hut rumgehen lassen: Den besten Arbeiten winken jetzt Geldpreise und eine Einladung nach Berlin. Einsendeschluss: 4. Februar 2013. Alle weiteren Infos unter www.baerbelbas.de.



Bis zum nächsten Jahr, ich freu mich drauf, Bärbel Bas

Impressum

V.i.S.d.P.: Bärbel Bas
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel. : 030 / 227 75607

Fax: 030 / 227 76607

baerbel.bas@bundestag.de

www.baerbelbas.de